



## **KLUB DER ÖVP BEZIRKS RÄTINNEN UND BEZIRKS RÄTE NEUBAU**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **26.04.2018** folgenden

### **Antrag**

Die zuständigen MA-Dienststellen der Stadt Wien sollen, so wie dies bei vormaligen U-Bahnausbauprojekten üblich war, prüfen, ob eine finanzielle Förderung für jene Unternehmen möglich wäre, die durch die von U-Bahnbauarbeiten verursachten Umsatzeinbrüche in ihrer Existenz gefährdet sind. Dabei soll geprüft werden, ob diese Unternehmen unter bestimmten Auflagen einen finanziellen Ausgleich für ihre Umsatzrückgänge erhalten können. Gleichzeitig wird ersucht zu prüfen, welche anderen Institutionen und Akteure in diesem Zusammenhang als Kooperationspartner infrage kommen.

### **BEGRÜNDUNG**

Vor allem die Geschäftsleute der Kirchengasse/Lindengasse (Siebensternviertel), aber auch jene in den anderen an die geplante U-Bahnbaustelle Kirchengasse/Mariahilfer Straße angrenzenden Nebenstraßen der Mariahilfer Straße stehen aufgrund der zu erwartenden negativen Auswirkungen der Baustellentätigkeit für die U2/5 vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Es ist nämlich zu erwarten, dass durch die Behinderung durch die Baustelle, die Zahl der Kunden und damit der Umsatz vor allem der Handelsbetriebe zurückgehen wird. Aufgrund dieser Tatsache ist zu befürchten, dass ein Teil der Unternehmen in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Angesichts der Tatsache, dass gerade die Kirchengasse/Lindengasse und Umgebung in den letzten Jahren als Geschäftsgegend einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, wäre dies eine bedauernswerte Entwicklung, der man mit allen Mitteln entgegenwirken sollte. Ein sinnvolles Konzept einer Strategie, die darauf abzielt, dass es zu keiner Verödung der Kirchengasse/Lindengasse infolge des U-Bahnbaus kommt, wäre eine finanzielle Unterstützung von vom U-Bahnbau betroffenen Betrieben.